

7. / VII. 1917.

ung

Zeitung.)

er 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonialzelle 70 & Abendbl. 30 &
 Reklamen A 2.50, Abendbl. 43
 Familienanzeigen A 2.25. Für alle
 Ausgaben 10% Teuerungszuschl.
 Platz- u. Daten-Vorschriften ohne
 Verbindlichkeit. -- Anzeigen
 nehmen an: Una. Exped. in Frankfurt
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,
 Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 3,
 Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden: A
 Waisenhausstr. 25, München: Porn-
 seustr. 5, Offenbach: Bieberstr. 34,
 Stuttgart: Poststr. 7, Ulm: Nord-
 str. 62. Una. übrige Agentur
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
 New York: 20 Broad Street,
 Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4453.

Die Kohlenfrage.

r Berlin, Anfang Juni.

Im letzten Friedensjahre (1913) stellte sich unsere Kohlenbilanz wie folgt: An Steinkohle betrug die Förderung 190 Millionen Tonnen, die Einfuhr 10 Millionen und die Ausfuhr 34 Millionen, so daß für unseren heimischen Verbrauch 166 Millionen Tonnen zur Verfügung standen. Das war ausreichend für den Bedarf und für die Bestandsansammlung. An Braunkohle wurden gefördert 87 Millionen Tonnen, eingeführt 7 Millionen und demnach verbraucht 94 Millionen Tonnen. Der Heizwert der Braunkohle ist noch nicht halb so groß wie der der Steinkohle.

Im Kriege hat sich nach einer Uebergangszeit die Braunkohlen-Fördermenge auf der Höhe gehalten, schließlich sogar über das Friedensquantum hinaus gesteigert. Dagegen ist bei der Steinkohle, bei deren Gewinnung die menschliche Arbeitskraft den Ausschlag gibt, ein beträchtlicher Förderungsrückgang eingetreten, besonders in den ersten anderthalb Kriegsjahren, aber auch heute erst teilweise behoben. Andererseits erfuhr unsere handelsmäßige Steinkohlen-Ausfuhr eine Einschränkung, die aber in keinem Verhältnis stand zu dem verbliebenen Förderungs-Aussfall. Für den inländischen Verbrauch blieben also wesentlich geringere Mengen zur Verfügung als im Frieden, und wenn auch in den ersten Kriegsjahren der heimische Kohlenbedarf schwächer war, so mußte doch im Laufe der Zeit immer tiefer in die Bestände eingegriffen werden, im letzten Winter so tief, daß wir uns heute auf keinerlei nennenswerte Vorräte mehr stützen können, abgesehen von dem, was noch infolge der Transportkrise auf den Halben der Zechen liegt. Dabei ist seit Mitte vorigen Jahres der Bedarf der Kriegsindustrie, der direkten wie indirekten, im ständigen Wachstum.

Alles das hat man wohl gekannt, als in den ersten Monaten dieses Jahres nach einer Erklärung für die Zufuhr-Stöckung gesucht wurde. Man sah den Hauptgrund damals wohl mit Recht noch in der Transportkrise, übersah aber zu lange, daß daneben auch die Lücke in unserer Kohlenbilanz vorhanden war, und daß man sich hätte darauf einrichten sollen. Statt dessen beschränkte man alle Maßnahmen auf das Gebiet der Verteilung. Der Kohlenausgleich bei der Kriegsrohstoff-Verteilung wurde geschaffen und suchte seiner Zweckbestimmung entsprechend weniger in der Kohlenverteilung als in der Wagenverteilung die Lösung. Den Behörden und Interessenten mußten dann aber im Frühjahr Zweifel aufgetaucht sein, ob man auf solche Weise durchkommen würde. Zwar ist die Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Kohle vom 24. Februar d. J. noch ganz vom Gedanken der bloßen Verteilung und Ausgleichung beherrscht, indes finden sich auch Ansätze wenigstens für eine Vorratsregelung. Dasselbe gilt von der gehörigen Bekanntmachung vom 28. Februar, die mit Wirkung vom 1. März 1917 die Einrichtung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung und seines Beirates begründet. Mit diesem Zeitpunkt gingen die Funktionen des Kohlen-Ausgleichs (bei dem inzwischen der Geschäftsumfang eine Höhe von 3000 Schrift-Eingängen am Tag angenommen hatte!) in die Hände des Reichskommissars als einer besonderen Organisation mit weitgehenden Befugnissen über, die ihrerseits wieder zur Bewältigung des Materials fünf Kohlenausgleichsstellen ins Leben rief, nämlich in:

- Essen (für das Synthaltsgebiet und die rheinische Braunkohle),
- Mannheim (für das Kohlenkontor, Wassertransport und Saar),
- Galle (für den Braunkohlenbezirk),
- Zwickau (für das sächsische Steinkohlengebiet) und in Kattowitz (für ober- und niederschlesische Produktion).

Auch diese Stellen arbeiten bisher nur verteilend und suchen dabei Hand in Hand zu gehen mit eigenen Sonder-Instituten Württembergs, Bayerns und Sachsens. Die Kontrolle, die man dabei über den Bedarf gewonnen hat, scheint nun immer drohender darauf hinzuweisen, daß es mit der Ausgleichung zwischen Bedarfs- und Ueberschußgebieten allein nicht mehr getan ist. Mit Hilfe der Erfahrungen des Handels, dem dabei vielfach das entscheidende Urteil und damit eine hohe Verantwortung zufällt, ist es zwar gelungen, einigermaßen den Scheinbedarf vom echten zu trennen, die wirkliche Kriegsindustrie einigermaßen genügend zu versorgen und die schlimmsten Uebelstände in der Belieferung der Bevölkerung zu beheben, sobald erst die Verkehrsalamität ihr Ende gefunden hatte. Dabei haben sich die eigenen Organisationen, welche eine Anzahl von Städten